Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und an allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommun. Genossenschafter

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.50 Reichsmark durch die Post bezogen monatlich 2.20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 1869. Sprechstunden: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde. Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen. Freitags von 15 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.35 RM. für Familienanzeigen 0.20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1.50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang — Dresden, Sonnabend den 4. Januar 1930 — Nummer 3

Fälschungen im Kampf gegen Bolschewismus

„Kommunistisches Geheimrundschreiben" Severings Werk

Mussolini läßt Verschwörungsdokumente fabrizieren — Faschistische Arbeitermörder — Epidemie im Kulaken-Konzentrationslager

Der Fälscher:

Dr. Haubach, langjähriger Chefredakteur des Hamburger Echo

Berlin, 4. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die „Rote Fahne" ist in der Lage, den Ursprungsort und die wirklichen Fabrikanten der tollen Fälschung des „kommunistischen Geheimrundschreibens" namentlich zu nennen und der öffentlichen Verachtung preiszugeben. Die Fälscherzentrale sitzt in den Amtsräumen des Reichsinnenministers Severing. Der Leiter der Lügenkampagne, mit deren Hilfe die bürgerlich-sozialdemokratische Presse in ganz Deutschland das Verbot der kommunistischen Presse vorbereitet, ist ein gewisser Dr. Haubach aus Hamburg. Dieses Subjekt ist ein ehemaliger Spitzel im Spartakusbund. Er war lange Zeit Chefredakteur des sozialdemokratischen „Hamburger Echo" und Vorsitzender des Hamburger Reichsbanners. Als Severing vor etwa ¾ Jahren das berüchtigte „Reichskommissariat für öffentliche Ordnung" (Spitzelzentrale) auflöste, entdeckte er die Notwendigkeit, einen besonders abgefeimten, skrupellosen, geriebenen Journalisten für die Leitung der Pressehetze gegen den Kommunismus anzustellen. Er ließ sich den Dr. Haubach aus Hamburg kommen, sicherte ihm ein glänzendes Gehalt und ernannte ihn zum Pressechef des Reichsinnenministeriums. Haubach, der sich schon im „Hamburger Echo" durch besonders gemeine Schreibereien gegen die kommunistische Bewegung bewährt hatte, erwies sich als der geeignete Mann für Severing. Unter seiner geistigen Leitung wurde das „Geheimrundschreiben der KPD" im Fälscherkabinett der politischen Polizei fabriziert. Severing und Haubach glaubten besonders schlau zu handeln, indem sie ihr Erzeugnis nicht wie gewöhnlich in der sozialdemokratischen Presse veröffentlichten. Das Fälscherrundschreiben hat seinen Zweck verfehlt. Sogar einige bürgerliche Zeitungen müssen dem Severingschen Unternehmen schon die kalte Schulter zeigen. Neue „Rundschreiben" und weiteres „Belastungsmaterial" werden nach diesem Muster fabriziert. Vergebliche Mühe! Die Arbeiterschaft bis weit hinein in die Reihen sozialdemokratischer Proletarier hatten für diese Methoden nur ein Wort übrig: „Pfui Teufel!" Severing kennt uns Bolschewiki schlecht, wenn er denkt, uns damit einzukriegen. Er kennt die deutsche Arbeiterschaft, die er knebelt und verfolgt, schlecht, wenn er denkt, sie damit niederzuhalten.

Diese sensationellen Enthüllungen der „Roten Fahne" beweisen zu welch kläglichen Mitteln die Sozialfaschisten zu greifen gezwungen sind deren Aufgabe es ist, das Trustkapital gegen das rebellierende Proletariat zu verteidigen. Bereits gestern wiesen wir darauf hin, daß der Genosse Obuch Strafantrag gegen den „Hamburger Anzeiger" stellte um die Fälscher zu entlarven. Heute bereits ist es der Kommunistischen Partei gelungen den Fälscher und den Urheber der Fälschung festzustellen. Der kapitalistische Niedergang wird gerade durch die ungeheuer zunehmenden Korruptionsfälle und Fälschungen zum Betrug der breiten Massen am besten charakterisiert. Die Tschermenzenfälschungen, der Dokumentenfälscher Orloff im Dienste der politischen Polizei, die gefälschten Attentatsdokumente Mussolinis, die zur Verhaftung der antifaschistischen Italiener durch die reaktionären Regierung Tardieu in Frankreich führten, sind Mittel, deren sich die Bourgeoisie zu bedienen gezwungen ist, um der ansteigenden revolutionären Flut begegnen zu können. Allerdings fragwürdige Mittel, die den unter den kapitalistischen Zerfallserscheinungen leidenden Massen die Augen öffnen darüber, wie dringend notwendig die Beseitigung dieses Systems ist.

In diesem Zusammenhang verdient erwähnt zu werden, daß zu derselben Zeit, als dieses Geheimrundschreiben der KPD" veröffentlicht wurde im Dresdner Anzeiger ein Artikel erschien unter der Ueberschrift:

„Zersetzung, die Agitationsziele der Kommunisten."

„Von kommunistischer Seite wird zwar behauptet, daß dieses Schreiben unecht sei, wenn man sich aber die kommunistische Propaganda der letzten Tage und die allerorten von den Kommunisten in Szene gesetzten Erwerbslosenkundgebungen ansieht, dann muß man schon an die Echtheit glauben."

Er hat wirklich Pech, der biedere Anzeiger, daß er selbst auf diese plumpen Schwindelmanöver, die lediglich einer verstärkten Hetze gegen die Kommunisten dienen, hereingefallen ist. Schon mehrfach konnten wir feststellen, daß der „seriöse" Anstrich, den sich das Blatt zu geben beliebt, ein sehr oberflächlicher ist, daß die Charakterisierung der bürgerlichen Presse durch Honoré Daumier als eine Hure der herrschenden Klasse auch auf den Dresdner Anzeiger zutreffend ist. Wie geistlos die Mitarbeiter des Herrn Dr. Frölich sind, die nicht einen einzigen originellen Gedanken zu entwickeln vermögen, sagt folgender Satz:

„Der Führer der sächsischen Landtagsfraktion, der Abgeordnete Renner, ist in letzter Zeit mehrfach in Moskau gewesen. Er wird dort seine Anweisungen bekommen haben, und ihm droht deshalb wahrscheinlich nicht das Schicksal so vieler seiner Vorgänger, die ihren Namen auf der kommunistischen „Flugliste" verzeichnet erhielten."

Im weiteren Verlauf der „Anklage" zitiert dann der Dresdner Anzeiger folgende Stelle aus dem gefälschten Dokument:

„Unsere illegale, demoralisierende und zersetzende Agitation unter den Reichswehrsoldaten und der Polizei muß bedeutend gesteigert werden. Besonders in der Großstadt. Werbt um jeden einzelnen Mann im Familien- und Bekanntenkreise! Forscht nach militärischen Gesinnungsgenossen! Befreundet euch mit ihnen, versucht, sie für unsere Ideen zu gewinnen!"

(Fortsetzung 2. Seite)

Gefälschte Attentatspläne als Verhaftungsgrund

Mussolinis Lockspitzel liefern der Tardieu-Regierung „Material"

Paris, 4. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Während die gesamte linksbürgerliche Presse von den Verhaftungen der antifaschistischen Italiener abrückt und sich lediglich darüber empört, daß die italienische Geheimpolizei in Frankreich das Briefgeheimnis durchbricht und Verhaftungen vornimmt, fährt die italienische Presse fort, das französische Polizeiregime zu loben, daß sie gegen die „Bombenverschwörer" vorgehe. Trotzdem schon heute und selbst von der bürgerlichen Presse die Unechtheit der angeblichen „Attentatspläne" der verhafteten Italiener festgestellt werden muß, kündigt die französische Polizei weitere Verhaftungen von Italienern in ganz Frankreich, besonders in Städten nahe der italienischen Grenze an. Die Kommunistische Partei Frankreichs und die Intern. Rote Hilfe fordern die Arbeiterschaft zum Kampf gegen die französische und italienische Polizeikampagne und zur Solidarität mit den Opfern des Faschismus auf.

Aufstakt zur Konferenz im Haag

Nach allen französischen Meldungen ist diesmal — im Gegensatz zur ersten Haager Konferenz — schon vor der offiziellen Konferenzeröffnung die Einigung zwischen den Gläubigern Deutschlands erfolgt. Mag bis zu einem gewissen Grade hier der Wunsch der Vater des Gedankens sein, soviel steht fest, daß die deutsche Delegation diesmal unter einem wesentlich verstärkten Druck der Gläubigermächte stehen wird. Zwei Punkte sind es vor allem, die zu einem verstärkten Druck zwecks Erlangung neuer deutscher Konzessionen führen können: die Frage der Ostreparationen und die künftige Regelung der Sanktionsfrage. In der Frage der von den österreichischen Nachfolgestaaten zu leistenden Reparationszahlungen ist die geplante Einigung bekanntlich an dem Widerstand Ungarns, das keine Reparationen zahlen will, und anderseits an den tschechischen und jugoslawischen Forderungen gescheitert. Hinter Ungarn steht Italien, hinter den Staaten der Kleinen Entente Frankreich — aber die Gegensätze greifen unmittelbar auf die Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Gläubigern über, da nach dem Wortlaut des Versailler Vertrages Deutschland für nichtgezahlte Reparationsschulden seiner früheren Verbündeten haftbar ist und natürlich die Möglichkeit besteht, daß die Gläubigerstaaten nach erprobten Mustern ihre — bzw. ihrer Trabanten — Gegensätze durch Erpressung neuer deutscher Zugeständnisse auszugleichen suchen. Nimmt man die Frage der Reparationsbank, deren Sitz noch durchaus nicht endgültig feststeht und deren Aufgaben noch umstritten sind, hinzu, so wird es klar, daß selbst rein wirtschaftlich noch bedeutende Auseinandersetzungen bevorstehen können.

Noch schärfer aber sind die offen politischen Gegensätze, um die es sich handelt. Frankreich fordert eine Aufrechterhaltung seines „Sanktionsrechtes" — Deutschland lehnt sie natürlich ab und erklärt ziemlich unverfroren, daß es sich die Möglichkeit einer künftigen Erzwingung der Revision des Youngplanes offen halten wolle. So schreibt die „Germania" am 3. Januar:

„Bedauerlicherweise enthält der Youngplan im Gegensatz zum Dawesplan keine klare Revisionsklausel... Auf die Frage, was geschehen soll, wenn diese Atempause nicht ausreicht, kann die deutsche Antwort nur lauten: Revision!"

In diesem Falle könnte nun Frankreich, wie die „Germania" feststellt, eine „böswillige Verfehlung" Deutschlands konstatieren, und zu „Sanktionen" schreiten, wenn nicht entsprechende Sicherungen dagegen geschaffen würden. Die „Germania" sagt ziemlich unverhohlen, daß die Schaffung solcher Sicherungen, die Schaffung eines Schiedsgerichtes in einer Deutschland genehmen Zusammensetzung die Voraussetzung für die Zustimmung des Zentrums zum Haager Verhandlungsergebnis sei.

Ueberhaupt schlägt das Zentrumsorgan ganz bewußt — während der „Vorwärts" durch Witze über „Papierdolche" die französischen Forderungen als „harmlos" hinzustellen und so die deutsche Kapitulation vorzubereiten versucht — eine Linie des „verstärkten Widerstandes" ein. Dies geht bis zur offenen Sympathiekundgebung für Schacht, dessen Fernbleiben man als „schädigend für die deutsche Verhandlungsposition" bedauert und dessen Opposition gegen die Haager Beschlüsse man im voraus fürchtet. Gegen die erwähnten Formulierungen seines Koalitionsgenossen, des „Vorwärts" polemisiert das Zentrumsblatt offen — natürlich nicht in der Illusion, daß irgendeine deutsche Delegation gegenüber einer geschlossenen Gläubigerfront ernsten Widerstand leisten könnte, sondern in der Erwartung, nach der unvermeidlichen Kapitulation um so besser die Brücke über Schacht zur „nationalen Opposition" schlagen und mit verstärkter Ausbeutung aus den deutschen Proleten das herausholen zu können, was man den stärkeren Imperialisten zugestehen muß, sie zum Schlachtvieh für den Antisowjetkrieg zu peitschen.

Glasfabrik Sachsenhütte, Bischofswerda, stillgelegt

Die gesamte Belegschaft der Glasfabrik Sachsenhütte in Bischofswerda erhält heute die Kündigung zugestellt, da der Betrieb stillgelegt wird. In Betracht kommen 200 Arbeiter.

Kämpfe der Imperialisten im Haag

Ein Spiegelbild der kapitalistischen Krise

Berlin, 4. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die „Rote Fahne" schreibt zu der Konferenz im Haag: „Eine Einigung im Haag erscheint unter den gegenwärtigen Bedingungen nur möglich, wenn die Imperialisten sich darüber verständigen, daß sie zunächst nicht in die Einflußsphäre ihrer Gegensätze eindringen, sondern offen gegen die Sowjetunion und die Kolonialländer rüsten. Auch hier ergeben sich bald Schwierigkeiten. Die Sowjetunion ist angesichts der erfolgreichen Durchführung des sozialistischen Aufbaues und nicht zuletzt nach dem welthistorischen Sieg im fernen Osten machtpolitisch stärker als je, und in China, Indien, in der ganzen kolonialen Welt erhebt sich eine neue Welle der Revolution, die die Aussichten für die finanzkapitalistischen Geschäfte vollends zerstört. Das Ergebnis der Konferenz im Haag kann unter diesen Umständen nur dazu beitragen, die ökonomische Krise des Weltkapitalismus zu verschärfen und die Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze zu beschleunigen."

SLUB
Wir führen Wissen.